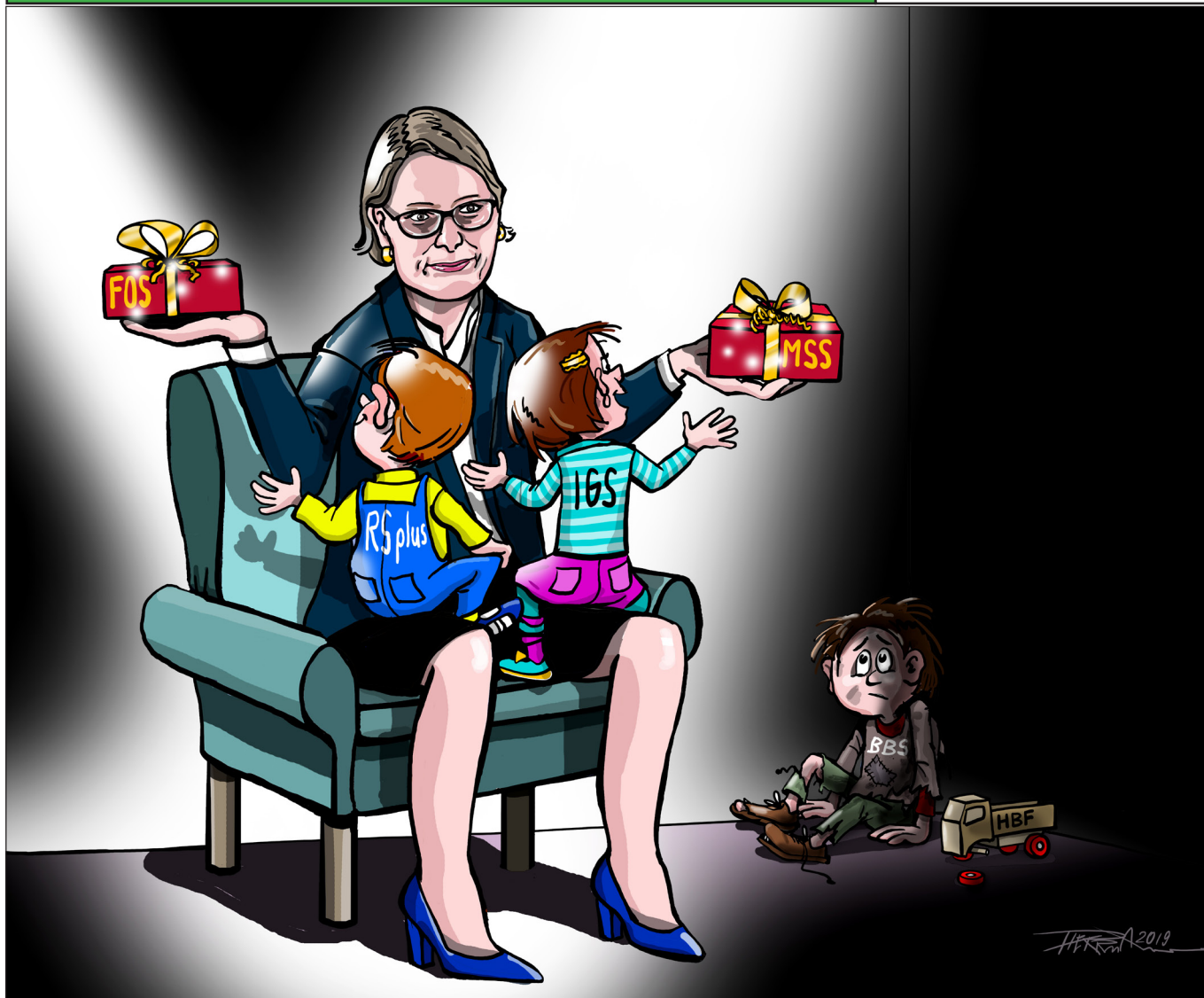


VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2019

November 2019



**Nach dem Start der „neuen“ HBF: Schulische
Funktionsträger im VLW diskutieren Probleme**

Bildung in der digitalen Welt

VLW fordert Verbesserungen bei Lehrkräfte-Arbeitszeit

**Mehr Mitsprache für Schülerinnen und Schüler -
geplante Änderungen am Schulgesetz gehen zu weit**

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden
Karl-Heinz Fuß 3

Schulische Funktionsträger im VLW
beraten über die Auswirkungen der
HBF-Reform 4

Der VLW bezieht Stellung

Pressemitteilung zur System- und
Anwendungsbetreuung und zur
Koordination „Bildung in der digitalen Welt“ 5

Positionspapier: Lehrkräfte-Arbeitszeit
jetzt deutlich verbessern! 6

Stellungnahme zu geplanten Änderungen
am Schulgesetz 6

Aus den Orstverbänden

Idar-Oberstein: Karl-Heinz Schneider
als Ortsvorsitzender verabschiedet 7

Alzey: Hans Bitzer in den Ruhestand
verabschiedet 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“, so lautet der Titel unserer Karikatur auf dem Titelblatt, die sie auch auf unserem aktuellen Plakat wiederfinden. Wir sind es ja inzwischen gewohnt, dass der große Bereich der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Wenn in TV-Quasselrunden (sog. Talkshows) eifrig über Bildungspolitik diskutiert wird und die angeblich nur nach unten gegebene Durchlässigkeit sowie vermeintlich nicht vorhandene Aufstiegschancen beklagt werden, dann sitzt eine Gruppe regelmäßig nicht mit am Tisch: die Berufsbildner.



Ähnlich sieht das in der Politik aus. Obwohl inzwischen sogar die OECD den Wert der beruflichen Bildung erkannt hat, findet diese zumeist nur in den Sonntagsreden statt. Bei konkreten Entscheidungen fallen wir dann wieder hinten runter. Symptomatisch dafür ist die „Strategie für das digitale Leben“ des Landes Rheinland-Pfalz. In einer 68-seitigen Hochglanzbroschüre wird die berufliche Bildung schlicht und ergreifend nicht erwähnt.

Die gleiche Landesregierung nimmt dazu noch wenig Rücksicht auf bestehende, bewährte Strukturen bei der Einrichtung von Bildungsgängen. Anders lassen sich die in den vergangenen Jahren geschehene Ausweitung von IGSn, die nach und nach alle mit einer Oberstufe gesegnet wurden oder noch werden, und die Fehlallokation der FOS an die RS plus wohl kaum erklären.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir nicht müde werden, die Missstände anzuprangern und im konstruktiven Dialog mit der Politik nach sinnvollen und vor allem zielführenden Lösungen zu suchen. Wir bleiben am Ball! Wir kämpfen für eine starke BBS!

Dirk Mettler

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats / Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie ab sofort bitte an unsere neue Mitarbeiterin:
ruth.jakob@t-online.de bzw.

Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Es reicht! Lehrkräfte müssen dringend entlastet werden!

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Halbtagskraft, zwölf Wochen Ferien im Jahr, üppige Bezahlung – diese Schlagworte bestimmen noch immer manche Stammtischdiskussion zum Thema Schule und den in ihr Beschäftigten. Doch – und das zeigen Umfragen des Deutschen Beamtenbundes – sind solche Äußerungen und Denkweisen inzwischen seltener geworden. Es hat sich herumgesprochen, dass die Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer an ihrem Arbeitsplatz Schule schon immer hoch waren und in den letzten Jahren und Jahrzehnten weiter angestiegen sind.

Ahnungslose Kritiker sehen hierbei nur das Unterrichtspensum, die sogenannte „gebundene Arbeitszeit“. Auch in den Schulministerien wird gerne auf diese Sicht der Dinge zurückgegriffen, ist sie doch bequem und einfach zu verstehen. Macht man sich jedoch die Mühe, die „ungebundene Arbeitszeit“, also das Arbeitspensum außerhalb des Unterrichts, mit einzubeziehen, werden die Missstände schlagartig deutlich. Wie aktuell dieses Thema ist, zeigen folgende Entwicklungen:

Eine ganze Reihe von rechtlichen Vorschriften, die in diesem Jahr in Kraft getreten sind, konkretisieren die Pflichten von Lehrkräften. So beschreibt beispielsweise die neue *Dienstordnung* sehr deutlich Aufgaben, die über den Unterricht hinaus zu vollbringen sind. Die *VV Mehrarbeit* regelt die Verpflichtung, Vertretungsstunden zu halten, und die anstehende Änderung des *Schulgesetzes* beschreibt neben der Erweiterung der Eltern- und Schülerrechte die Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken als regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit.

Ebenso trat in diesem Jahr die Neufassung der *Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung* in Kraft. In der Anhörung hat der VLW u. a. die Reduktion des Wochenstundendeputats und die Erhöhung der Kopfpauschale, auch bekannt als 3/6-Pauschale, gefordert. Mit Blick auf die Vielzahl der zusätzlichen Belastungen, die von den Lehrkräften im Vergleich zu früheren Jahren bewältigt werden müssen, sind diese Forderungen keinesfalls abwegig.

Die Integration von Zugewanderten, die Inklusion von Behinderten sowie die weiterhin zunehmende Heterogenität unserer Schülerinnen und Schüler erfordern differenzierte Konzepte, deren Erstellung mit hohem Aufwand verbunden ist. Individuelle Förderung und Beratung lässt sich kaum rationalisieren. Was wir brauchen, ist schlichtweg mehr Zeit, um unseren Beruf in guter Qualität und mit Professionalität auszuüben.

Anstatt Entlastungen zu ermöglichen, kommen jedoch weitere Belastungen hinzu. Die Drei-Tage-Bereitschaft zum Ende der Sommerferien, die Umsetzung des Digitalpakts, die Stärkung der Demokratiebildung und die Bildung für



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

nachhaltige Entwicklung sind nur einige Beispiele, welche die gestiegenen Belastungen deutlich werden lassen.

Das Maß ist jedoch bereits mehr als voll. Es wird nun höchste Zeit, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass professionelles Handeln in guter Qualität möglich ist, ohne dass sich Lehrkräfte auf Kosten ihrer Freizeit oder gar Gesundheit selbst ausbeuten. Der VLW appelliert deshalb an die Politik, die Entlastung von Lehrkräften nicht auf den St.-Nimmerleinstag zu verschieben und bereits heute in die Wahlprogramme für 2021 aufzunehmen. Denn Qualität gibt es nicht zum Sparpreis!

Gewerkschaftstag des dbb in Mainz



Sie vertraten den VLW auf dem dbb-Gewerkschaftstag am 14./15. Mai 2019: Andreas Seehaus, Kurt Flöck, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler sowie Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.)

Was lange währt, ist längst nicht gut ...

Schulische Funktionsträger im VLW beraten über die Auswirkungen der HBF-Reform



Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand

Am 22. August traf sich in den Räumen der BBS Bingen der Kreis der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im VLW Rheinland-Pfalz. Unter der Sitzungsleitung von Jürgen Hatzfeld wurden insbesondere Probleme bei der Konzeption und bei der Umsetzung der Reform der Höheren Berufsfachschule (HBF) diskutiert. Deutlich wurde eine große Unzufriedenheit über den Stand der Umsetzung, fehlende Fortbildungs- und Koordinationsveranstaltungen und nicht zuletzt unzureichende Unterstützung durch das Ministerium und die ADD.

Eine Fülle von Fragen und Unklarheiten wurde angesprochen. So ging es im Einzelnen um

- die unterschiedlichen Praktikumsmodelle (Nachweis der abgeleiteten Stunden, Zulassung zur Prüfung) etc.
- die, bedingt durch fehlende oder unzureichende Vorgaben, erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen, was insbesondere die Notengebung und das Praktikum

anbelangt. Schulwechsel werden dadurch erschwert. Die Schulleitungen sollen die Schülerinnen und Schüler informieren, die versprochene Handreichung fehlt bislang (trotz erheblichen zeitlichen Vorlaufs und zweier Jahre HBF-Reform mit sechs „Pilotschulen“).

- Unterschiede bei der Genehmigung des „standortspezifischen Unterrichts“ durch die Referentinnen und Referenten der ADD.

Der Landesvorstand des VLW hat sich mit den Anregungen und Unmutsäußerungen beschäftigt und setzt sich für eine Lösung der Probleme und Klärung der offenen Fragen ein. Auch unsere Vertreter im Hauptpersonalrat BBS, Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler, werden diese und andere Punkte (zum wiederholten Male) direkt im Bildungsministerium ansprechen.

Gewünscht wurde vom Kreis der Teilnehmer auch ein verstärkter Austausch über die bisher durchgeführten Abschlussprüfungen bei den Pilotschulen (für unseren Bereich ist das die Ludwig-Erhard-Schule Neuwied).

Positiv registriert wurde, dass sich die Schülerzahlen im laufenden Schuljahr in der HBF stabilisiert zu haben scheinen.

Eine weitere Forderung aus der Runde betrifft die notwendige Einführung und Lizenzierung einer ERP-Software. Dies sollte durch das Land geschehen, damit nicht jede einzelne BBS jährliche Lizenzierungsgebühren aufbringen muss.

Zum Schluss des regen Meinungsaustausches wurden noch die Themen „Digitale Bildung“ und „neue Dienstordnung“ angesprochen. Allgemein wird eine Verschlechterung oder zumindest Verlangsamung des direkten Service für die Kolleginnen und Kollegen bei Alltagsproblemen mit der EDV befürchtet. Auch herrscht noch erhebliche Unsicherheit bei der Position des EDV-Koordinators. Viele Schulen haben diese Frage auf das nächste Schuljahr verschoben.

Der VLW wird weiterhin eine Vermittlerfunktion einnehmen, um wichtige Fragen in der Umsetzung der Bildungspolitik zwischen den Schulen und dem Bildungsministerium zu klären.



Die Reform der Höheren Berufsfachschule bleibt das Aufregertema. In einem intensiven Austausch diskutierten die im VLW organisierten schulischen Funktionsträger über die Auswirkungen und (noch) nicht gelöste Probleme der Reform.

Der VLW bezieht Stellung

Pressemitteilung zur System- und Anwendungsbetreuung und zur Koordination „Bildung in der digitalen Welt“

In fast allen berufsbildenden Schulen sind heute vielfältige und funktionierende EDV-spezifische Unterrichtsnetze installiert. Sie wurden größtenteils in schulischer Eigeninitiative mit zum Teil erheblicher unbezahlter Mehrarbeit von einzelnen Lehrerinnen und Lehrern eingerichtet und betreut. Diese Kolleginnen und Kollegen verdienen unseren besonderen Dank, denn Sie haben mit dazu beigetragen, die berufliche Bildung frühzeitig an die Erfordernisse der digitalen Bildung heranzuführen.

Teilweise kümmern sich diese Lehrerinnen und Lehrer in den berufsbildenden Schulen neben ihrer pädagogischen Arbeit um eine komplexe Netzarchitektur und garantieren so – trotz minimalistisch bemessener Anrechnungsstunden – eine schulalltägliche Netzsicherheit.

Wer auf diese schulinterne Netzkompetenz in Zukunft nicht verzichten will, braucht praktikable Modelle der System- und Anwendungsbetreuung, um die Sicherheit und Funktionalität der Schulnetze nicht zu gefährden.

Der VLW begrüßt, dass das Ministerium für Bildung in Rheinland-Pfalz die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ unterstützt und die Bedeutung und Notwendigkeit der System- und Anwendungsbetreuung in den berufsbildenden Schulen wertschätzt. Die Erhöhung der zur Verfügung gestellten Gelder ist – vor dem Hintergrund, dass unsere Schulen in den vergangenen Jahren mit der rasanten technischen Entwicklung bei den digitalen Medien nicht mithalten konnten – ein Schritt in die richtige Richtung. Die Fördermittel des Bundes zum Breitbandausbau und zum

DigitalPakt sind deshalb dringend erforderlich, um unsere Schulen auf den aktuellen Stand zu bringen.

Entscheidung zur System- und Anwendungsbetreuung muss in Händen der Schulen bleiben!

Für die berufsbildenden Schulen ist es nun von essentieller Bedeutung, dass die aufgebauten Systeme nahtlos weiterentwickelt werden können. Damit das entsprechende Know-how genutzt werden kann, benötigen die Schulen weiterhin die Option für Anrechnungsstunden, die sie den Anwendungsbetreuerinnen und -betreuern zukommen lassen können. Externe Dienstleister können lediglich unterstützend und ergänzend hinzugezogen werden.

Deshalb wehrt sich der VLW vehement gegen die strikte Vorgabe, dass unseren Schulen nur noch Mittel für externe Dienstleister zur Verfügung gestellt werden sollen. Denn dies führt faktisch dazu, dass die Schulen auf den schulinternen Stundenpool (3/6-Pauschale) zugreifen müssen, der für pädagogische und weitere besondere Aufgaben gedacht ist und dringend benötigt wird!

Koordinierung für „Bildung in der digitalen Welt“ darf nicht zwingend von Schulleitung abgekoppelt werden!

Der VLW begrüßt die Zuweisung von Anrechnungsstunden für die Koordination der digitalen pädagogischen Konzepte und Medien. Allerdings stößt es bei uns auf Unverständnis, dass diese Aufgabe nur von Kolleginnen und Kollegen

übernommen werden darf, die nicht der Schulleitung angehören. Längst ist in den meisten berufsbildenden Schulen eine elaborierte EDV- und Netzwerkkompetenz vorhanden, die in den Geschäftsverteilungsplänen der Schulleitungen ihren Niederschlag findet. Es bedeutet für eine Schule einen massiven Rückschritt, wenn Personen, die sich oft seit vielen Jahren mit den digitalen Systemen an ihren Schulen befassen, diese Aufgabe nun abgeben müssen. Vielmehr muss aus Sicht des VLW die Entscheidung darüber, wer an einer Schule die Koordinierung übernimmt, von der Schule selbst, im Rahmen ihrer Eigenständigkeit, getroffen werden.

Der VLW fordert:

- die verbindliche und auskömmliche Finanzierung der System- und Anwendungsbetreuung,
- die Entscheidungsfreiheit der Schulen bei der Organisation der System- und Anwendungsbetreuung,
- einen täglich verfügbaren Support, der auch kurzfristige Störungen vor und während der Unterrichtszeit beseitigt,
- die Gewährleistung der Datensicherheit,
- die Besetzung der Koordinatorenstelle „Bildung in der digitalen Welt“ in eigener Verantwortung der Schulen unter Mitwirkung des Personalrats.

Positionspapier Lehrkräfte-Arbeitszeit jetzt deutlich verbessern!

Aktuell wird die Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung des Landes Rheinland-Pfalz neu gefasst. In den zurückliegenden Jahren haben die außerunterrichtlichen Aufgaben für Lehrkräfte, z. B. durch EQuL, erheblich zugenommen. Gleichzeitig ist der Anspruch an die Unterrichtsvor- und nachbereitung gestiegen: Individuelle Förderung, Inklusion, Beschulung von Flüchtlingen und die damit verbundene erforderliche Differenzierung sind nur einige Beispiele, die die gestiegene außerunterrichtliche Belastung aufzeigen. Trotzdem ist die so genannte geregelte Arbeitszeit von 24 Wochenstunden an berufsbildenden Schulen konstant hoch geblieben. Hinzu kommen der zunehmende Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmethoden und immer mehr Verwaltungsaufgaben, welche die Lehrkräfte vor zusätzliche Herausforderungen stellen, deren Bewältigung einen zeitintensiven Arbeitseinsatz erfordert.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, fordert der VLW neben der Reduzierung des Wochendeputats neue angepasste Regelungen der zugeteilten Anrechnungstunden. Die zu erledigenden Aufgaben müssen bewältigbar sein, um einer krankmachenden Überlastung unserer Kolleginnen und Kollegen vorzubeugen.

Der VLW fordert:

- die Senkung des Regelstundenmaßes an berufsbildenden Schulen auf 21 Wochenstunden je 45 Minuten,
- die Erhöhung der Altersermäßigung: ab dem 60. Lebensjahr 1 Stunde, ab dem 62. Lebensjahr 2 Stunden, ab dem 64. Lebensjahr 3 Stunden,

- eine deutliche Verbesserung der Schulleitungspauschale um landesweit weitere 250 Stunden,
- die Anpassung der 3/6-Pauschale, um rückläufige Kollegenzahlen an einer Schule zu kompensieren. Die Arbeit bleibt gleich, auch wenn die Klassen weniger werden!
- eine gestaffelte Entlastung für die Koordinatoren für die Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in Abhängigkeit von den Schülerzahlen. Die derzeitige Regelung, bei der jede Schule unabhängig von der Größe eine Anrechnungsstunde erhält, benachteiligt die großen berufsbildenden Schulen!

Stellungnahme zu geplanten Änderungen am Schulgesetz

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat einen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt, der sich derzeit in der Anhörung befindet. Der VLW Rheinland-Pfalz hat sich hierzu wie folgt geäußert.

Neben begrüßenswerten Änderungen sind leider auch einige bedenkliche Regelungen geplant, bei denen wir Nachbesserungen fordern. So soll in § 6 (Begriff der Schule) die Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken als regulärer Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit festgeschrieben werden. Diese Formulierung kann unseres Erachtens zu Missverständnissen führen, da es wie eine Verpflichtung klingt. Dieser kann jedoch noch nicht in vollem Umfang entprochen werden, da sich die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernsysteme noch in

einem frühen Stadium befindet. Vieles ist noch nicht ausgereift, gar nicht verfügbar oder noch sehr teuer, was insbesondere auf Anwendungen für den berufsbildenden Bereich zutrifft. Deshalb schlagen wir hier eine Kann-Formulierung vor, die es den Schulen ermöglicht, digitale Lehr- und Lernsysteme sowie Netzwerke als regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit zu nutzen.

Die Festschreibung im Gesetz ist, auch wenn sie eine längst laufende Entwicklung nur nachzeichnet, sinnvoll, da somit geregelt ist, dass es sich bei den entsprechenden Medien um Lehrmittel handelt, die prinzipiell vom Schulträger zu finanzieren sind.

Die Regelung, Lehrkräfte in Schularten einzusetzen, für die sie nicht ausgebil-

det wurden und für die sie über keine Lehramtsbefähigung verfügen, lehnt der VLW entschieden ab. Eine solche Regelung stellt die schulartbezogene Lehramtsausbildung insgesamt in Frage und schwächt das Profil jeder einzelnen Schulart. Eine Feststellung der Eignung durch die Schulbehörde sieht der VLW ebenso wenig als hinreichend an, denn dabei werden erfahrungsgemäß lediglich persönliche Merkmale betrachtet und die Fachlichkeit für die jeweilige Fakultas nicht berücksichtigt. Der VLW fordert deshalb die Streichung dieses Absatzes.

Die weitreichendste geplante Änderung betrifft die Ausweitung der Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler, die analog zu den Beteiligungsrechten des Schulleiternbeirats (§ 40 SchulG) gefasst werden sollen.

Die Fülle der Maßnahmen, die dadurch der Anhörung, der Benehmensherstellung oder gar der Zustimmung durch die Versammlung der Klassensprecherinnen und -sprecher bedürften, ließe sich im schulischen Alltag nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bewältigen. Somit ist zu befürchten, dass dies zur Verzögerung oder gar Lähmung der schulischen Entwicklung führte. Der

VLW fordert deshalb, die Beteiligung auf Ebene des Schulausschusses, in dem die Schülerinnen und Schüler vertreten sind, zu belassen.

Aus Sicht des VLW sollten Schulentwicklungspläne (§ 91 SchulG) auch das jeweilige Profil (bei berufsbildenden Schulen beispielsweise die Form der Bildungsgänge und deren Fachrichtungen)

berücksichtigen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wenn aus kommunalpolitischen Erwägungen durch neue Bildungsangebote Konkurrenz zu bereits bestehenden Einrichtungen erzeugt wird. Als Beispiel lässt sich die Ausweitung von Fachrichtungen der Fachoberschulen an RS plus nennen.

Aus den Ortsverbänden

Idar-Oberstein: Karl-Heinz Schneider als Ortsvorsitzender verabschiedet



Karl-Heinz Schneider (l.) und sein Nachfolger Mario Passannante

In der Mitgliederversammlung des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein am 4. Juni 2019 wurde der langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes Idar-Oberstein Karl-Heinz Schneider in würdigem Rahmen verabschiedet. Karl-Heinz Schneider trat mit Ende des Schuljahres 2018/2019 in den wohlverdienten Ruhestand ein.

Karl-Heinz Schneider, der dem Ortsverband Idar-Oberstein fast 20 Jahre mit Erfolg vorstand, war für seine Kolleginnen und Kollegen, den Bezirks- und den Landesvorstand stets ein verlässlicher, kompetenter und sehr engagierter Ansprechpartner in vielerlei dienstrechtli-

chen und bildungspolitischen Fragestellungen, zuletzt im Zusammenhang mit der Fusion der beiden berufsbildenden Schulen in Idar-Oberstein. Karl-Heinz Schneider gehörte zuletzt auch dem örtlichen Personalrat der fusionierten BBS Idar-Oberstein an. Als stellvertretender Vorsitzender des örtlichen Personalrats leistete er durch seine vermittelnde und verbindliche Art einen wichtigen Beitrag zur Integration der Kollegien der beiden fusionierten Schulen. Die hohe Akzeptanz und Wertschätzung, die Karl-Heinz Schneider im Ortsverband und im Kollegium der BBS Idar-Oberstein genießt, spiegelte sich u. a. auch darin wider, dass fast der gesamte Ortsverband der Einladung zu seiner Verabschiedung gefolgt ist.

Für das langjährige treue Engagement im VLW dankte Kurt Flöck im Namen des

Vorstands des VLW-Bezirksverbands Koblenz und des VLW-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Als Nachfolger von Karl-Heinz Schneider wurde Mario Passannante einstimmig zum neuen Vorsitzenden des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein gewählt. Kurt Flöck, der als Bezirksvorsitzender an der Versammlung teilnahm, gratulierte dem neuen Vorsitzenden ganz herzlich zur Wahl und wünschte ihm bei der Führung der Amtsgeschäfte viel Freude und einen guten Erfolg.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Kurt Flöck über aktuelle dienstrechtliche, bildungspolitische und verbandsinterne Themen, die die Kolleginnen und Kollegen zu einer angeregten Diskussion nutzten.

Kurt Flöck



Ortsverbandstreffen der BBS Alzey Hans Bitzer in den Ruhestand verabschiedet – Größere Anstrengungen bei Umsetzung der Digitalisierung gefordert

In gemütlicher Runde trafen sich Mitglieder und Freunde des Ortsverbands Alzey zum Sommertreffen, um über aktuelle bildungspolitische Entwicklungen zu diskutieren. Die Reform der höheren Berufsfachschule, die neue Dienstordnung und die Initiative „Bildung in der digitalen Welt“ standen als Themen im Fokus.

Es bestand Einigkeit darin, dass die neugestaltete HBF kein Sparmodell werden darf, sondern genügend Raum für die differenzierte Förderung der Schülerinnen und Schüler bieten muss. So dürfe es nicht sein, dass künftig weniger Unterrichtsstunden für die berufsübergreifenden Fächer zur Verfügung stehen. Ebenso müsse es genügend Ressourcen für die Praktikumsbetreuung, ähnlich wie an der Fachoberschule, geben.

Zur Neufassung der Dienstordnung berichtete Karl-Heinz Fuß, dass in der Einigungsstelle ein tragbarer Kompro-



miss zur umstrittenen Ferienregelung gefunden werden konnte. Diese soll nun lauten: „Soweit und solange dies für die organisatorische und pädagogische Vorbereitung des neuen Schuljahres erforderlich ist und rechtzeitig vorher angekündigt wurde, hat die Lehrkraft innerhalb der letzten drei Ferientage vor Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres *in der Regel an einem Tag* in der Schule Dienst zu leisten. Einzelheiten regelt die Schulleiterin oder der Schulleiter.“

In der ursprünglich vorgelegten Fassung war die ganze letzte Sommerferienwoche für dienstliche Zwecke vorgesehen. Dagegen haben sich die Personalräte aller Schularten erfolgreich gewehrt. Nachdem diese auch die Drei-Tage-Regelung abgelehnt haben, entstand der genannte Kompromiss.

Für die Umsetzung der „Bildung in der digitalen Welt“ sieht der Ortsverband Alzey noch große Schritte als erforderlich an. Wenn künftig die Anwendungsbetreuung an einen externen Dienstleister gegeben werden soll, dann muss sichergestellt sein, dass ein erforderlicher Support schnell und zeitnah möglich ist. Die 3/6-Pauschale könne kein Ersatz dafür sein, wenn der Schule die Stunden für die Anwendungsbetreuung

gestrichen werden. Für die Einführung neuer pädagogischer Konzepte auf Basis digitaler Medien genügt es nicht, neue Hard- und Software anzuschaffen, sondern es müssen auch umfassende Fortbildungen angeboten werden. Des Weiteren muss über das schulische Beratungssystem durch das Pädagogische Landesinstitut (PL) eine umfassende Unterstützung gewährleistet sein. Nur so kann es gelingen, dass unsere Schulen die neuen Möglichkeiten nutzen können, die sich durch die Digitalisierung bieten.

Mit den besten Wünschen wurde Hans Bitzer, der auf 35 aktive Dienstjahre an der BBS Alzey zurückblicken kann, von den Mitgliedern des Ortsverbands in den Ruhestand verabschiedet. Karl-Heinz Fuß würdigte die gemeinsame Zeit an der BBS Alzey, in der Hans Bitzer durch sein Engagement für den Lehrersport und durch seine freundschaftliche und zuverlässige Art zum positiven Klima im Kollegium beigetragen hat. Seine Unterstützung des damaligen ÖPR bei der Gestaltung des Schulneubaus ist nur ein Beispiel für seinen aktiven Einsatz und seine Fähigkeit, konstruktive Kritik zu äußern. Als Symbol dafür, dass für den künftigen Pensionär nun gemütlichere Zeiten anbrechen dürfen, überreichte Karl-Heinz Fuß einen Gutschein vom Café Mandala in Kirchheimbolanden.



Karl-Heinz Fuß (r.) verabschiedet Hans Bitzer nach 35 aktiven Dienstjahren in den Ruhestand.